

Sicherer Schulweg:

Ein Verbot von „Elterntaxi“ passt ins Grüne Weltbild der Zwangserziehung. Es stellt sich die Frage, warum die Eltern die Kinder in die Schule fahren. Kann es sein, dass öffentlicher Nahverkehr nicht zuverlässig genug ist, nicht pünktlich fährt und oft ausfällt? Kann es sein, dass der ÖPNV ein Sicherheitsproblem hat. Vor allem für Mädchen? Wir beobachten das ja aus nächster Nähe bei den eigenen Kindern.

Nach unserem Dafürhalten sind Verbote und Zwangsmaßnahmen das falsche Mittel. Die Lösung muss sein, dass der ÖPNV so attraktiv ist, dass „Elterntaxi“ überflüssig werden (und nicht den Individualverkehr so zu behindern, dass der ÖPNV wieder relativ gut da steht). Wahlfreiheit statt Zwangserziehung: jeder soll zur Schule fahren, wie es ihm gefällt.

Bsp. Silcherschule:

Auch hier gilt wie beim sicheren Schulweg oben, dass es für die Eltern überflüssig werden muss die Kinder zur Schule fahren zu müssen. Für die Eltern, die trotzdem ihre Kinder in die Schule bringen müssen, muss es doch möglich sein, einen Bereich zu schaffen in dem ein Aussteigen möglich ist und andere Verkehrsteilnehmer nicht gefährdet werden.

Es ist die Esslinger Verkehrspolitik, die Straßen verengt und Spuren abbaut. Mit gesundem Menschenverstand statt ideologischer Verkehrsdoktrin könnte man zu vernünftigen Lösungen kommen. Mit gegenseitiger Rücksichtnahme ist im Verkehr vieles möglich.

Grundschulempfehlung/Schulwahl:

Wir sind für die verbindliche Wiedereinführung der Grundschulempfehlung. Das entlastet vor Ort die weiterführenden Schulen und hilft die Qualität der Bildung sicherzustellen. Wir müssen wieder soweit kommen, dass die Kinder nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen gefördert werden. Wenn diese nicht in Fremdsprachen oder Mathematik liegen, dann muss auch der Weg zu einer Berufsausbildung wieder erstrebenswert sein. Bei der derzeitigen Überlastung des Schulsystems muss auch erkannt werden, dass ein Teil der Schüler erst sprachliche Kenntnisse erlangen muss, die eine Beschulung erst ermöglichen. Zudem muss auch auf Seiten der Schüler der Wille zum Lernen wieder mehr eingefordert werden.

Demokratiebildung an Schulen:

Dafür gibt es das Fach Gemeinschaftskunde. Mit der jüngeren Vergangenheit Deutschlands kann anhand von zwei Beispielen erläutert werden, zu was Diktaturen führen. Nämlich im ersten Fall zu Krieg und im zweiten Fall zum Staatsbankrott. In beiden Fällen mit Unfreiheit gepaart. Für den zweiten Fall gibt es noch zahlreiche Augenzeugen zum Befragen. Mit den uns derzeit zur Verfügung stehenden schulischen Mitteln kann die Erziehung zur Demokratie bewältigt werden. Auch hier hängt viel von der Mitwirkungsbereitschaft der Schüler ab und wie Sie sozialisiert wurden. Wehrhafte Demokratie muss bereits in der Schule trainiert werden. Dazu gehören Medienkompetenz, kritisches Denken, Respekt vor dem Gegenüber, sachliche Argumente statt pauschale Diffamierungen, Dialog statt Brandmauern und nicht zuletzt ein Lehrkörper, der diese Ziele lebt.

Lehrkräftemangel:

Zu diesem Thema ist kommunalpolitisch wenig Handlungsspielraum. Hier ist die Landespolitik gefordert. Ab 2026 besteht auch noch der Anspruch auf Ganztagsbetreuung. Auf kommunaler Ebene können bei Zuständigkeit für die Bausubstanz die Rahmenbedingungen verbessert werden. Das heißt bauliche Mängel nicht Jahrzehnte

lang zu ignorieren, sondern zu beseitigen. Eine Hilfe bei der Wohnungssuche für neue Lehrkräfte z.B. über ein kommunales Immobilienunternehmen könnte ebenfalls helfen. Der Ausfall von Unterrichtsstunden gehört heute leider zur Tagesordnung. Bedingt auch durch einen hohen Krankenstand. In wieweit der Krankenstand durch die Disziplinlosigkeit der Schülerschaft verursacht wird sollte auch vorurteilsfrei diskutiert werden.

Ganztagesbetreuung:

In der Fragestellung wird schon die Quadratur des Kreises beschrieben. Lehrermangel und Raummangel im Grundschulbereich. Die Grundvoraussetzungen stimmen schon nicht. Auf kommunaler Ebene kann hier nur der Raumbedarf angegangen werden. Das BW Kultusministerium geht davon aus, dass mit sinkenden Geburtenzahlen auch die Problematik der Überforderung im Nachmittagsbetreuungsbereich verschwinden wird. Die Gewerkschaft GEW hingegen sieht auch in Zukunft einen hohen Bedarf an Lehrkräften.

Schulsozialarbeit

Wir stehen der Schulsozialarbeit positiv gegenüber. Durch die Arbeit der Schulsozialarbeit können potenzielle Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden, bevor sie zu größeren Herausforderungen eskalieren. Dies verhindert negative Entwicklungen wie Schulabbruch, soziale Isolation oder Verhaltensauffälligkeiten. Die Vermittlung von Sozialkompetenz sollte aber bereits im Elternhaus und anschließend während des regulären Schulunterrichts stattfinden. Wenn dann noch die Schulsozialarbeit drauf gesattelt werden muss, ist vorher ein Versäumnis entstanden? Oder ist einfach der nötige Betreuungsaufwand gestiegen?